

Das Andere in uns – Helen Macdonalds preisgekrönter Bericht über die Zähmung eines Habichts **SEITE 42**

Der Sprung auf die Leinwand glückt – Xavier Koller liefert eine frische Kinoadaptation des Schellen-Ursli **SEITE 43**

Die Stadt als Festung

Gated Communities, privatisierte Plätze und Charter Cities machen Gemeinwesen sicherer, aber nicht freier

Überall auf der Welt entstehen derzeit luxuriöse Privatstädte, die einer breiteren Öffentlichkeit keinen Zutritt bieten. Was bedeutet diese Entwicklung für das Gemeinwesen?

ADRIAN LOBE

Es ist ein spektakulärer Plan: Der US-Ökonom Paul Romer will in der Dritten Welt ganze Städte neu gründen. «Charter Cities» heisst seine Vision. Das Konzept ist ebenso simpel wie radikal: Ein Entwicklungsland stellt eine nicht besiedelte Fläche zur Verfügung und schliesst mit einem Investor bzw. einer Industrienation einen Gründungsvertrag ab, eine Charta, in der das gesamte Rechtssystem der Stadt festgelegt ist. Mit frischem Wagniskapital und schlanken Staatsstrukturen soll so eine prosperierende Metropole aus dem Boden gestampft werden: gleichsam eine Stadt als Startup. Der Ökonom ist überzeugt, man könne ein zweites Hongkong überall auf der Welt implantieren, es müssten nur die Rahmenbedingungen stimmen.

Autonome Modellstädte

Im Jahre 2011 verhandelte Romer mit der honduranischen Regierung über die Schaffung von Sonderwirtschaftszonen (Zonas Especiales de Desarrollo Económico, kurz: Zede), die das Land aus dem Klammergriff der Kriminalität und Korruption befreien sollen. Der Kongress erliess ein Dekret, das den «Modellstädten» vollständige Autonomie, ja fast schon Souveränität gewährte. Gegen die Pläne aber regte sich Widerstand. Namentlich die Volksgruppe der Garifuna, die für den Bau einer Investorenstadt hätte umgesiedelt werden müssen, protestierte gegen das Projekt. Noch bevor die Bagger anrollten, erklärte das Verfassungsgericht die Charter City für verfassungswidrig. Das Projekt unterminierte die nationale Souveränität. Romer zog sich zurück. Unter dem jetzigen konservativen Präsidenten Juan Orlando Hernández soll eine abgespeckte Version in Form einer Sonderverwaltungszone in der Stadt Amapala geschaffen werden, gewissermassen eine «Charter City light». Südkorea hat für das Projekt bereits 40 Milliarden Dollar Unterstützung zugesagt.

Man kann die Charter City auf die Formel bringen: Die armen Länder liefern das Land, die reichen Know-how und Gesetze. Die Menschen entkleiden sich ihrer demokratischen Mitsprache, in der Hoffnung, einen Arbeitsplatz zu finden. Job gegen Stimmzettel – das ist der Deal. Unter dem Statut der Zede würde zwar das Selbstbestimmungsrecht formal erhalten bleiben, doch die Rechte würden massiv eingeschränkt. Alles würde dem Ziel der Investoren untergeordnet.

Dabei stellt sich die Frage, wem die Stadt eigentlich gehört. Den Bewohnern oder den Geldgebern? In seinem Buch «City of Quartz» zeichnete der amerikanische Historiker und Stadtsoziologe Mike Davis schon 1990 am Beispiel von Los Angeles das Bild einer Hochsicherheitsstadt mit privatisierten Enklaven und Wohnanlagen, die von der Polizei bewacht und geschützt werden. Die Stadt wird zu einer Festung. Solche abgeschotteten Siedlungen sind vielerorts bereits Realität – in Kalifornien genauso wie in Brasilien oder Malaysia. Diejenigen, die es sich leisten können, ziehen sich in die isolierte Welt von Gated Communities zurück. Der grenzenlose Wille zur Sicherung der Stadt, argumentiert Davis, führe zwangsläufig zu einer Abwertung öffentlicher Räume. Das



Unbeschwertes Leben – Kinder in der Gated Community «Horizon Hills» in Iskandar Malaysia bei Singapur. IAN TEH / VU / KEYSTONE

eigentliche öffentliche Leben findet hinter verschlossenen Mauern statt. In Dubai gibt es bereits ganze Stadtteile, deren glitzernde Konsumtempel und Luxuswohntürme grösstenteils im Besitz privater Investoren sind.

Bürger werden Konsumenten

Städte verkaufen mittlerweile nicht nur Immobilien, sondern auch öffentliche Orte. In Athen soll der alte Flughafen Ellinikon privatisiert und in ein Spielkasino umgewandelt werden, das an die Marina Bay in Singapur erinnert. Der 2012 eröffnete Granary Square in London ist in den Händen eines Investors. Und der Paternoster Square gehört der Mitsubishi Estate Company. Als Mitglieder der Protestbewegung Occupy auf dem Platz nahe der St. Paul's Cathedral demonstrieren wollten, erzwirkte Mitsubishi eine einstweilige Verfügung, die den öffentlichen Zugang untersagte. Der Paternoster Square sei ein privater Ort, auf dem das Recht auf Demonstrationsfreiheit keine Anwendung finde, urteilte der High Court. Ein verstörender Vorgang: Ein Konzern darf in einer Stadt über Grundrechte disponieren.

Die Occupy-Aktivistin Naomi Colvin sagte gegenüber dem «Guardian»: «Es ist eine Vision einer Gesellschaft, in der man arbeiten und einkaufen kann. Und in Zeiten, wo man weder arbeitet noch shoppt, kann man in Restaurants gehen.» Aus Bürgern werden Konsumenten – ähnlich wie bei Paul Romers Charter City. Hierin zeigt sich die Vorstellung einer konsumistischen Gesellschaft, in der der Einzelne lieber Geld ausgeben als demonstrieren soll. Auf der von Thomas Heatherwick projektierten Garden Bridge in London, einem künftigen städtischen Themenpark, soll dereinst politischer Protest verboten werden und sollen Gruppen von mehr als acht Personen nur nach vorangegangener Reservierung zugelassen werden – und dies, obwohl die öffentliche Hand an diesem Privatprojekt beteiligt ist. Die Verbreitung von gesicherten und privatisierten

Plätzen macht das städtische Erlebnis vergleichbar mit einem Besuch in einem exklusiven Klub mit edlem Ambiente. Alles ist schön und gut, aber man muss es sich leisten können.

Nachdem bereits vor zwanzig Jahren die Walt Disney Company die kleine, nach ihren Vorstellungen verwaltete «Idealstadt» Celebration in Florida realisiert hat, entsteht derzeit vor den Toren der nigerianischen Megastadt Lagos ein weit radikaleres Projekt: «Eko Atlantic City». Auf einer künstlichen Insel werden luxuriöse Wohnblöcke, palmengesäumte Avenuen und Wolkenkratzer gebaut. Hier sollen dereinst 250 000 Menschen wohnen und 150 000 Arbeitsplätze in Bürotürmen entstehen, die für Banken aus Afrika, Europa und den USA in den Himmel wachsen werden. Das Projekt könnte eine Vorbildfunktion für die Zukunft übernehmen: eine privatisierte Enklave für Wohlhabende, die sich räumlich von den Slums abgrenzt und über ein eigenes Versorgungsnetz (Strom, Wasser, Gas usw.) verfügt. Die Separation zwischen Arm und Reich gab es ja schon immer. Neu ist hingegen, dass sich Reiche ihre eigenen Städte bauen. In diesen privaten Städten vollzieht sich eine moralische und soziale Sezession von der Gesellschaft. Die idealtypische Polis, die Keimzelle der Demokratie, gerät unter Druck, und der öffentliche Raum verschwindet mehr und mehr.

Der Ökonomieprofessor Alexander T. Tabarrok vom James M. Buchanan Center for Political Economy der George Mason University in Fairfax, Virginia, ist einer der wenigen Intellektuellen, die sich für die Privatstadt engagieren. Im Gespräch sagt er: «Die meisten neuen Städte werden in Entwicklungsländern gebaut, und dort haben die Regierungen beim Thema Armut versagt. Wenn Städte kein Wasser, keinen Strom und keine Kanalisation zu liefern imstande sind, können die Reichen diese Aufgabe durch private Alternativen ersetzen – die Armen können das nicht.» Ein System privater, kompetitiver

Städte eröffne die besten Chancen für die effiziente Erbringung öffentlicher Daseinsvorsorge.

Als Beispiel nennt er die indische Stadt Jamshedpur («Steel City»). Sie wurde 1908 von Tata Steel als Arbeiterstadt gegründet. Im Gegensatz zu russigen Schwerindustrievierteln anderswo ist Jamshedpur eine recht ansehnliche Stadt mit grosszügigen Parkanlagen und einem intakten Strassennetz. Die Steel City zählt zu den wohlhabendsten Städten Indiens. «Wir brauchen mehr Städte wie Jamshedpur», fordert Tabarrok. Die Stadt hat insofern exklusiven Charakter, als sie ausschliesslich Mitarbeitern der Tata-Gruppe Zugang zu günstigem Wohnraum verschafft – ähnlich wie einst die Bata-Städte.

Gemeinwohl oder Profit

Die Stadt Sandy Springs im US-Bundesstaat Georgia hat 2005 sämtliche Verwaltungsaufgaben an ein privates Unternehmen ausgegliedert. Das Unternehmen übernimmt alle wichtigen Aufgaben. Die 90 000 Einwohner zählende Stadt beschäftigt (abgesehen von Feuerwehr und Polizei, die nicht privatisiert wurden) lediglich acht Mitarbeiter. Sandy Springs werde effektiver verwaltet als andere Städte und generiere sogar Überschüsse, sagen Experten. Doch ein Unternehmen ist nicht in erster Linie am Gemeinwohl interessiert, sondern an Profit. Evan McKenzie warnte bereits 1994 in seinem Buch «Privatopia: Homeowner Associations and the Rise of Residential Private Government» vor den unkontrollierbaren Folgen einer Privatisierung. Die Frage ist, ob man alles auf dem Altar des Gewinnstrebens opfern sollte. Wenn ganze Innenstadtbereiche in die Hände privater Investoren fallen, dürfte dies das Gemeinwesen nachhaltig verändern. Die Bürger werden die Privatisierung der Städte nicht nur mit höheren Mietpreisen bezahlen, sondern auch mit dem Verlust von politischer Mitsprache – und letztlich auch von Identifikation.

FRANKFURTER BUCHMESSE

Die Literatur als Wundermittel

Pathos und Politik sind ein unschlagbares Paar

ROMAN BUCHELI

Etwas bang fast fragt man sich in diesen Tagen, was Deutschland machen würde ohne Flüchtlinge. Sie beherrschen die Schlagzeilen, landauf und landab wird debattiert, es wird geholfen, und es wird protestiert. Nicht anders an der Eröffnung der diesjährigen Frankfurter Buchmesse: Die Flüchtlinge, die Welt im Aufruhr, der Streit um Grenzen, der Krieg der Religionen: Unerschrocken packen die Redner vor dem grossen Publikum die grossen Fragen und Themen der Stunde an. Es könnte einem darob wind und weh werden. Nicht weniger als die Rettung der Welt, so scheint es, wird hier der Literatur abverlangt. Und wer möchte schon widersprechen, wenn Pathos und Politik so schön im Duett der Kunst die Marschrichtung vorgeben?

Es fehle uns an Utopien, sagte Messedirektor Juergen Boos. Die Kunst schaffe andere Vorstellungswelten, sie habe die Freiheit, Welten zu entwerfen, in denen wir leben wollen. Die Buchmesse sei darum ein Ort, an dem die Welt grösser werde. Noch deutlicher und ultimativ fordernder wurde danach Monika Grütters, die Staatsministerin für Kultur und Bildung. Europa stehe angesichts der Flüchtlingskrise vor einer Bewährungsprobe. Es dürfe in dieser Situation keinen Rabatt auf die Würde des Menschen und die politischen Werte geben, sagte Grütters unter Applaus des Publikums, obgleich nicht zu deuten war, was mit dem Rabatt denn nun gemeint sei. Hauptsache, es klang gut und irgendwie überzeugend und echt.

Darauf folgte der obligate Appell an die Literatur mit ihren Wunderkräften: Vielleicht sei nur sie imstande, die Grenzen unserer Vorstellungswelt zu verschieben, die Grenzen der Empathie zu weiten. Vonseiten des Staatsministeriums zählt man daher vertrauensvoll auf die «grenzensprengende und -verschiebende Kraft der Literatur». (Erinnert sich noch jemand an die nicht so ferneren Zeiten, als auch hierzulande gerade dies am allermeisten gefürchtet wurde?)

Die Buchmesse jedenfalls hat mit den Flüchtlingen ihr Thema gefunden. Das eine oder andere Buch dazu gibt es bereits, manches weitere wird folgen. Es wird in diesen Tagen über Flucht und Grenzen, über Bildungschancen von Migranten und die Rolle (oder Aufgabe) der Literatur in alledem debattiert werden. Flüchtlinge haben ausserdem freien Eintritt zur Messe, sie werden von muttersprachlichen Paten durchs Gelände geführt. Gemeinsam mit Partnern organisiert die Messe des Weiteren das Projekt «Bücher sagen Willkommen», um Asylsuchenden leichten Zugang zu Lern- und Lesematerial zu ermöglichen und ihre Integration zu befördern. Das ist alles sehr ehrenwert und auch nachvollziehbar und zweifellos höchst notwendig.

Und trotzdem beschleicht den nüchternen Betrachter der Eindruck, hier wolle eine Gesellschaft am Flüchtling genesen, hier werde die Politik gegen das Pathos eingetauscht und die Kunst gegen das Gutgemeinte. Aber vielleicht muss man nicht so puritanisch sein. Vielleicht sollte man anerkennen, dass eine Buchmesse ein hybrider Ort ist. Kommerz trifft hier auf Kunst, das grosse Schaufenster verführt die Menschen darin zur grossen Geste, leicht wird man Weltbürger, wo angeblich die Welt zusammenkommt. Geradezu könnte einer glauben, an einer Buchmesse müsse der Weltgeist verkehren. Jedoch geht unser-einer an der Mehrheit der Aussteller mit ihren Hochglanzpublikationen hochnäsiger vorüber. Da ist das Pathos der Eröffnungsdredner eine lässliche Sünde.